

Der Blick von Russland auf Europa

Friedrich Schmidt

Der Blick von Russland auf Europa soll das Thema sein: Wie man aus Russland auf Europa blickt, wie die Russen Europa sehen. Einerseits ist der Blick schon traditionell ambivalent, andererseits ist der Blick sehr dadurch geprägt, wie die russische Führung will, dass die Russen ihre westlichen Nachbarn sehen. Sie inszeniert das Land als Großmacht und als reaktionären Gegenentwurf zu dem Europa der europäischen Integration, der liberalen Demokratien. Auch das prägt den Blick der Russen auf Europa – und auf sich selbst.

Ich möchte mich dem Thema in drei Schritten nähern. Zunächst geht es um den traditionellen Blick der Russen auf Europa – ich sage traditionell, weil es hier einen Wandel gibt. Dann wird es um die Richtung gehen, den die russische Führung dem Blick ihres Volkes auf Europa und auf den Westen überhaupt geben will und um die Gründe dafür. Im dritten Teil schließlich geht es um die Folgen dieser Kanalisierung für die Politik, für den Blick der Russen auf Europa und das Selbstverständnis der Russen – und auch um die Folgen für Europa selbst.

1. Der traditionelle Blick

Zunächst zur traditionellen Ambivalenz des Europa-Bilds in Russland. Das kennt Licht und Schatten. Einerseits bewundert man die Entwicklung, das Lebensniveau, die Effizienz von Wirtschaft und Technik, die guten Lebensmittel, das solide Werkzeug. Kurz: das Materielle. Was sich im Alltag etwa in der Benennung von russischer Butter auf Deutsch als „Danke, Anke“ niederschlägt, um mehr Butter zu verkaufen.

Und es ist ein Lob und Grund zur Freude, wenn eine neue Straße oder ein neues Fußballstadion in Russland aussieht „wie in Europa“. Man bewundert auch etwa die Gesundheitsversorgung gerade in Deutschland, das manchen Russen traditionell wie ein großer „Kurort“ erscheint.

Dieses Europa steht für Wohlstand, Planbarkeit, Vorhersagbarkeit, Sicherheit, auch Rechtssicherheit. Es ist ein Sehnsuchtsort für Russen, die es sich leisten können: Sie kaufen dort Immobilien, reisen dorthin, lassen sich dort medizinisch behandeln.

Auch für diejenigen, die es sich nicht leisten können, also für die große Mehrheit, sind Europa und der Westen allgemein eine Messlatte, ein Maßstab. Russlands Geschichte ist voller Versuche, den Rückstand aufzuholen. Bekannt dazu ist die Sowjetformel vom „Einholen und Überholen“ des Westens.

Aber hier beginnt sich das Bild zu trüben. Russen bezeichnen ihre Nachbarn traditionell als gut erzogen, rational, aber auch als kalt, erfolgsorientiert, egoistisch. Sich selbst sehen sie traditionell als einfacher, offener, warmherzig, gemeinschaftlich und friedliebend an.

Dabei spielt natürlich eine entscheidende Rolle, dass „Europa“ auch für existenzielle Bedrohungen steht. Dass der Schutz der Heimat auch ein Schutz vor dem Westen ist. Der Krieg gegen Napoleon ist auf Russisch der Vaterländische Krieg, der Krieg gegen die deutschen Eroberer der Große Vaterländische Krieg.

Das Grauen des Krieges und die Gräueltaten der Deutschen haben sich tief ins Gedächtnis eingebrannt. Der Sieg im Zweiten Weltkrieg ist bis heute das wichtigste identitätsstiftende Ereignis, der „Tag des Sieges“ am 9. Mai der wichtigste staatliche Feiertag.

Aber es überrascht viele, insbesondere natürlich deutsche Besucher, dass sie in Russland zumindest traditionell keine oder kaum Feindschaft erfahren. Man hebt die positiven Seiten der gemeinsamen Geschichte hervor, Zarin Katharina die Große aus deutschem Adels- hause, die Siedler aus Schwaben holte und so weiter. Und man rechnet die Gräuel Hitler und den Nationalsozialisten zu, nimmt so das übrige Volk in Schutz. Vielleicht spielt dabei eine Rolle, dass die Russen sich selbst ihrer politischen Führung ausgeliefert fühlen. Das nimmt das Volk grundsätzlich ein Stück weit aus der Verantwortung.

Für den russischen Blick auf Europa ist es außerdem wichtig, dass der westliche Teil des Kontinents als Teil des politischen Westens gesehen und dieser als politischer Arm der Vereinigten Staaten betrachtet wird, zur Zeit des Kalten Kriegs wie heute.

Mit der Folge, dass in russischer Vorstellung die europäischen Staaten angeblich nichts zu entscheiden haben, weil alles in Washington entschieden werde. Für die westeuropäischen Nachbarvölker bedeutet das eine doppelte Entlastung, zusätzlich zum Washingtoner Joch nämlich dadurch, dass sie nichts zu entscheiden hätten, weil ihre Eliten alles unter sich ausmachten. So lebt auch die Sowjetlegende von der „Freundschaft der Völker“ fort.

Dabei ist Europa – die europäischen Staaten und die EU – traditionell beliebter als die Vereinigten Staaten. Die Umfragen zeigen aber einen Wandel im Verhältnis auch zu Europa. Das Lewada-Zentrum, Russlands einziges unabhängiges Meinungsforschungsinstitut, sieht den Wendepunkt nicht erst 2014, als der Krieg in der Ukraine begann und damit die Gegenüberstellung eklatant wurde.

Schon im Frühjahr 2013, ein halbes Jahr vor Beginn der Proteste auf dem Majdan in Kiew, waren zum ersten Mal mehr Russen der Ansicht, dass die Beziehungen zur EU „angespannt und feindschaftlich“ seien, als jene, die meinten, die Beziehungen seien „normal und ruhig“. Im Herbst 2015 stuften sieben von zehn Russen die Beziehungen ihres Landes zur EU als „feindschaftlich“ ein.

Zugleich sagten aber acht von zehn, dass sie „persönlich“ keine Feindseligkeit empfänden. Das ist nur auf den ersten Blick widersinnig: Es ist ein Zeugnis der Loyalität zu Staat und Führung. Nur knapp ein Viertel der Russen war überhaupt einmal in der EU. Man bezieht die Informationen darüber vor allem aus dem Fernsehen. Der Mangel an persönlicher Erfahrung und Anschauung macht die von der politischen Führung vermittelte Botschaft umso wichtiger für das Bild, das die Russen von Europa haben.

Deshalb möchte ich als erstes Zwischenfazit festhalten, dass der traditionelle Blick der Russen auf Europa viel Raum für beide Ansätze bietet: für Positives und Negatives. Die Vorstellungen von Europa und Westen überhaupt hängen wesentlich davon ab, welches Bild die Führung zeichnet – und zwar eben über das Fernsehen, dem nach wie vor entscheidenden Informationsmedium. Und die Führung, das werde ich im nun folgenden Teil erläutern, setzt auf Abgrenzung.

2. Der gelenkte Blick

Nach dem Ende der Sowjetunion war in Umfragen die Zahl derjenigen, die sagten, dass Russland überhaupt Feinde habe, gering. Man

war neugierig auf alles Westliche und Westler und auch voller, mitunter etwas naiver Bewunderung, wie Russen selbst sagen. Die Zahl derjenigen, die sagten, dass Russland Feinde habe, stieg wieder, als die Kommunisten die Reformer der Jelzin-Jahre als Handlanger des Westens darstellten. Was umso wirksamer war, als der Verlust von Wohlstand und der Aufstieg der sogenannten Oligarchen im Rahmen der Privatisierungen Misstrauen gegen Kapitalismus und Marktwirtschaft verbreiteten.

Neugier wich Ernüchterung. Das alte amerikanische Feindbild kehrte zurück. Die Probleme der neunziger Jahre diskreditierten die eigene Demokratie und Demokratie überhaupt als instabil.

Wladimir Putin, der neue Präsident ab dem Jahr 2000, tat dann alles dafür, dass es dabei blieb. Anfangs schrieb er sich nach außen die Partnerschaft mit dem Westen auf die Fahnen. Er pflegte demonstrativ gute Beziehungen, besonders zu Tony Blair und George W. Bush und, gegen Widerstände im eigenen Land, eine Zusammenarbeit mit der Nato nach den Anschlägen des 11. September 2001. Die Annäherung gedieh so weit, dass Putin noch kurz nach der Aufnahme sieben osteuropäischer Staaten in die Allianz im Frühling 2004 – die heute als unverzeihliche Aggression gezeichnet wird – zwar öffentlich auf russische Bedenken hinwies, aber vor allem auf die Notwendigkeit, Terrorismus gemeinsam zu bekämpfen. Jedes Land habe das Recht, seine „Form der Sicherheit“ zu wählen, hob Putin damals hervor.

Aber er begann früh, auf den Westen als Sündenbock für innere Probleme Russlands zu verweisen. Zum Beispiel nach dem Terroranschlag auf eine Schule im nordkaukasischen Beslan Anfang September 2004. Bei der Geiselnahme durch Extremisten – russische Staatsbürger – und der Erstürmung durch die Sicherheitskräfte wurden 333 Menschen getötet, in der Mehrzahl Kinder. Putin warf dann aber dem Westen haltlos vor, das Land untergraben zu wollen.

Als Wendepunkt im Verhältnis zum Westen gilt die erste „Majdan“-Revolution in Kiew ab 2004. Darin verlor Putins Protegé Viktor Janukowitsch die Macht, die er in gefälschten Wahlen errungen hatte. Moskau reagierte darauf mit dem Konzept, dass letztlich jedes Aufbegehren der Bevölkerung ein westliches Komplott ist. Es begann die Rhetorik vom „Export von Farbenrevolutionen“ durch den Westen – allen voran durch die Vereinigten Staaten, aber mit Europa in der Rolle des Komplizen.

Aus offizieller Moskauer Sicht wurzeln Volksaufstände gegen Diktatoren und Unterdrückung, gegen Autokraten und Kleptokraten nie

in einem echten Freiheitsdrang der Völker, sondern sind stets die Folge westlicher Manipulationen, Verschwörungen und Machenschaften der CIA. Das war zum Teil eine Reaktion auf das Streben ehemaliger Sowjetrepubliken wie eben der Ukraine und Georgien aus der „Einflussphäre“ heraus. Das führte Land und Führung schmerzlich den Verlust der Weltgeltung vor Augen. Aber mittlerweile hat sich die Doktrin von den „Farbenrevolutionen“ auch über den postsowjetischen Raum ausgeweitet. So werden auch die Aufstände gegen Diktatoren in arabischen Ländern seit dem Beginn des Jahrzehnts als solche Verschwörungen gedeutet.

Der Kriegseinsatz in Syrien war von Anfang an auch der Versuch, dem Westen zu zeigen, dass diese, so die russische Sicht, Interventionspolitik gescheitert ist. Eine Ironie dabei ist, dass ausgerechnet der in Moskau verschriene Barack Obama, der die Interventionen seines Vorgängers erbt und abwickeln wollte, mit seinem zögerlichen Handeln in Syrien Putin erst den Raum zur Entfaltung geboten hat.

Aber immer geht es auch darum, dass Washington auch in Russland eine „Farbenrevolution“ anzetteln wolle – der Begriff hat daher auch Eingang in die Nationale Sicherheitsstrategie Russlands gefunden, als eine Bedrohung für die Sicherheit des Landes. So wurden die Massenproteste gegen die Fälschung der Parlamentswahl 2011 und Putins Rückkehr ins Präsidentenamt nach vier Jahren – mit Dmitrij Medwedjew als Statthalter – ebenfalls als Versuch einer „Farbenrevolution“ gesehen, in Russland selbst.

Die Drahtzieher der Protestwelle wurden ebenfalls im Ausland ausgemacht, Putin sagte, die damalige Außenministerin Hillary Clinton habe den Demonstranten ein „Signal“ gegeben. Innere „Verräter“ wurden in mehreren Prozessen unter fingierten Vorwürfen verurteilt.

Unter dem Label der Verhinderung „farbenrevolutionärer“ Umtriebe wird der Kampf gegen die Opposition im Landesinneren weitergeführt. Deren wirklicher oder auch nur angeblicher Auslandsbezug ist der Vorwand für Diffamierung und Ausgrenzung. Putin selbst hat für die Opposition in seiner Rede zur Annexion der Krim am 18. März 2014 die Begriffe „fünfte Kolonne“ und „Nationalverräter“ verwendet. Letzterer stammt aus Hitlers „Mein Kampf“, vielleicht hört man ihn deshalb jetzt weniger.

Sonst knüpft man bewusst an den Stalinismus und die Rede von den „Volksfeinden“ an. Auch in der Gesetzgebung. Aufgrund eines Gesetzes gegen „ausländische Agenten“ werden Nichtregierungsorganisationen, die – angeblich oder tatsächlich – Geld aus dem Ausland

erhalten und zudem politisch tätig sind, mit einem entsprechenden Eintrag in ein Register des Justizministeriums diffamiert.

Die „Agenten“ sind zum Beispiel Aktivisten, die sich gegen Folter einsetzen; für die Rechte von Soldaten und deren Angehöriger; für die Umwelt und für Strahlenopfer; gegen Wahlfälschung; für Austausch unter Forschern; für die Erinnerung an Opfer von Repressionen in der Sowjetunion; oder auch für das erwähnte Lewada-Meinungsforschungsinstitut. Derzeit stehen mehr als 140 Organisationen in dem Register. Auch wenn bei einigen schon vermerkt ist, dass sie wieder gestrichen sein sollen, bleiben sie aufgeführt, mitsamt Dollarzeichen und Zielscheibe.

Für die Organisationen bedeutet der Status nicht nur mehr Bürokratie und beständige Überprüfungen. Sondern vielfach auch Drohanrufe und Nachstellungen von kremltreuen Fernsehsendern, die „Spione“ des Westens für sogenannte Dokumentarfilme aufnehmen. Die „Agenten“-Regelungen wurden mittlerweile ergänzt durch ein Gesetz über „unerwünschte“ ausländische Organisationen, die so des Landes verwiesen werden können. So würgt man die Zivilgesellschaft ab.

Zugleich soll die Bevölkerung gegen westliche Werte und Vorstellungen „immunisiert“ werden. Man muss zeigen, dass es auch im an sich positiv betrachteten Europa auch nicht besser oder sogar noch ärger zugehe als in Russland. Man zeigt also im staatlichen und staatsnahen Fernsehen Katastrophen, Verfall und Verkommenheit in Europa und den Vereinigten Staaten.

Vor der amerikanischen Präsidentenwahl zum Beispiel zeigte man, wie die Wahlen dort gefälscht würden, mit Methoden, die nicht zufällig an die erinnerten, die in Russland bei Wahlen angewandt werden. Ziel sei es, den „großen Freund Russlands“, Donald Trump, um den Sieg zu bringen, hieß es noch bis weit in die Wahlnacht hinein, was man nach dessen Überraschungssieg einfach und schnell vergaß.

Man warnt schon lange vor „Gayropa“, dem „homosexuellen Europa“. Verschreckt Russen mit Bildern von Gay-Pride-Paraden. Erzählt Märchen über Zwangsgeschlechtsumwandlungen von Kindern, die sich im Alter von sechs Jahren für ein Geschlecht entscheiden müssten.

Ein besonderes Fest für das Fernsehen ist natürlich die Flüchtlingskrise, in der gar nicht so viel erfunden werden muss, um die Russen vor „europäischen Verhältnissen“ zu warnen. Man erfindet aber trotzdem: Besonders bekannt wurden der „Fall Lisa“ über eine angebliche Vergewaltigung eines russlanddeutschen Mädchens durch Flüchtlinge

in Berlin oder jüngst, dass der Vergewaltiger eines Jungen in Österreich freigesprochen worden sei. Führende Politiker verbreiten die Fernsehmärchen selbst mit – im „Fall Lisa“ Außenminister Lawrow, im Fall des angeblichen Freispruchs Putin selbst.

Es wird der Untergang Europas an die Wand gemalt – um Russland als Hort der Stabilität erscheinen zu lassen und von heimischen Problemen abzulenken, letztlich dem traditionell beklagten Rückstand. Denn eine Analyse der eigenen Schwierigkeiten findet praktisch nicht statt, nicht im Fernsehen und auch nicht im Parlament, wo sich die Abgeordneten einen Überbietungswettbewerb um schärfere Verbote liefern. Gerade in der Flüchtlingskrise entsteht bei manchen Russen, vor allem in der politischen Führung, Schadenfreude über den vermeintlichen Absturz des Schulmeisters, des Vorbilds Europa; unter den Bürgern gibt es aber auch ehrliches Mitgefühl und Besorgnis.

Für diese wird aber immer wieder das Bild der Bedrohung kultiviert, mit Russland als „belagerter Festung“. Das Fernsehen erzählte zum Beispiel von Nato-Soldaten, die in der Ostukraine gegen Russen kämpften. Man knüpft dabei gezielt an den eingangs geschilderten negativen Aspekt des Europa-Bilds an, die Quelle der Angst.

Grundlegende Linie ist dabei, dass Russland und die Sowjetunion als Opfer dargestellt werden. Das beinhaltet Umdeutungen der Geschichte. So wird der Hitler-Stalin-Pakt zur Aufteilung Osteuropas als Versuch Stalins dargestellt, den Frieden zu wahren. Der Diktator ist längst als Gewinner des Krieges in die öffentliche Achtung zurückgekehrt. Putin macht den Westen ebenfalls für das Auseinanderfallen der Sowjetunion verantwortlich. Auch für die beiden Tschetschenien-Kriege soll „das Ausland“ die Schuld tragen. Die ukrainische Sprache soll ein Produkt ausländischer Geheimagenten sein, der ukrainische Staat nur erdacht, um Russland zu schaden.

Jüngst sah Putin, anders als bis dahin die Ermittler, sogar eine ausländische Spur in einem Vergiftungsskandal im sibirischen Irkutsk, in dem Dutzende Menschen starben, weil sie auf der Suche nach billigem Wodka-Ersatz einen gepanschten Badezusatz mit hochgiftigem Methanol tranken. „Eine Reihe von Bürgern eines ausländischen Staates“ sei verantwortlich, sagte Putin dazu, ohne ins Detail zu gehen. Auch in den Enthüllungen um systematisches Staatsdoping im Spitzensport in Russland stellt man sich als Opfer dar. Von wem genau, bleibt oft unklar, weil das Publikum ohnehin weiß, wer gemeint ist. Bedient wird ein unbestimmtes Gefühl der Kränkung, das sehr leicht zu nähren ist.

Die implizierte Folge ist, dass man als Gekränkter alles Recht hat, sich den vermeintlich gebührenden Status zurückzuholen. Mit allen Mitteln. Denn wer Opfer ist, muss sich aus der unverschuldeten Rolle zurückkämpfen können. Vorwürfe aus dem Westen, ob zu Doping oder zu bunkerbrechenden Bomben auf Krankenhäuser, werden trotz zurückgewiesen, Fakten nicht anerkannt, weil sie „politisiert“ seien. Überall werden „Russophobie“ und eine „Dämonisierung“ Russlands, respektive Putins, gesehen. Ansonsten antwortet man zum Beispiel mit Blick auf den Syrien-Kriegseinsatz mit pauschalen Hinweisen auf Verfehlungen des Westens, etwa in Libyen und dem Irak.

Als zweites Zwischenfazit möchte ich daher festhalten, dass die politische Führung eindeutig das negative Bild Europas (und des Westens überhaupt) wählt und in der Bevölkerung verbreitet. Skepsis und Gefühl der Bedrohung sind, wie vorhin erläutert, in der traditionellen Sicht der Russen auf Europa gegeben, werden aber aktiv entwickelt. Das hat Folgen für den Blick der Russen auf Europa und auf sich selbst, strahlt aber mittlerweile auch nach Europa selbst ab. Darum soll es nun im dritten Teil meines Vortrags gehen.

3. Die Wirkung des Blicks

Die Abgrenzung hat Folgen: 2013 wollte noch nur gut ein Drittel der Russen einen „besonderen eigenen Weg“ für ihr Land, zwei Jahre später war es schon mehr als die Hälfte. Kein Wunder, denn von Staats- und auch Kirchenvertretern wird oft ein „Sonderweg“ beschworen, der sich einschreibe in einen „tausendjährigen“ Abwehrkampf gegen den Westen und die Russen als Kulturvolk gegen zynische Krämerseelen positioniert.

Das ist auch die Rückkehr der Sowjetlegende von der Überlegenheit des eigenen Systems. Aber auch die Rede vom „Sonderweg“ ist nicht neu: Schon im 19. Jahrhundert etwa stritten „Slawophile“ und „Westler“ darüber, ob Russland überhaupt versuchen solle, seinen Entwicklungsrückstand zu Europa aufzuholen oder nicht besser einen eigenen Weg einschlagen solle.

Aber es bleibt unklar, wie so ein „Sonderweg“ konkret aussehen könnte. Früher hatte Putin noch versprochen, den Lebensstandard der Russen zu heben. Seit einigen Jahren forciert man stattdessen nach innen die Erneuerung Russlands auf der Grundlage von Nationalismus und Orthodoxie. Der Patriarch der Russischen Orthodoxen Kirche ist

trotz eines in der Verfassung festgeschriebenen Säkularismus eine feste Stütze des Systems.

Trotzdem gibt es darin keine klare Ideologie. Man kombiniert verschiedene Versatzstücke, zum Beispiel Sowjetnostalgie und Kapitalismus, „multipolare Welt“ und Globalisierungskritik. Putin selbst bleibt besonders vage, er nannte als „nationale Idee“ einmal schlicht „Patriotismus“. Wesentliches Element ist letztlich nur der Autoritarismus, die Konzentration auf einen starken Führer. „Wenn es Putin gibt, gibt es Russland. Wenn es Putin nicht gibt, gibt es auch Russland nicht“, brachte es der damalige erste stellvertretende Leiter der Präsidentschaftsverwaltung Wjatscheslaw Wolodin im Oktober 2014 auf den Punkt.

Gerade wegen der Unbestimmtheit des eigenen Wegs bleibt der Westen, bleibt „Gayropa“ als Gegenpol wichtig. So wie dort soll es jedenfalls nicht werden. Der Präsident selbst gelobt immer wieder den Willen zur Zusammenarbeit mit dem Ausland. Man wolle sich nicht isolieren, wolle Freunde und suche keine Feinde, wie er kürzlich sagte. Aber es sind stets die Gegner, die die Fehler machen und deshalb gewissermaßen eine Bringschuld haben sollen.

Das erklärt auch, warum zwar vor Kurzem so viele Russen wie nie seit dem Jahr 2000 mehr Zusammenarbeit mit und eine Annäherung an den Westen gewünscht haben, nämlich 71 Prozent. Aber die Gegner sollen die Initiative ergreifen. Man will sich in einer Position der Stärke sehen, schließlich soll sich Russland unter Putin, so die Formel, „von den Knien erhoben“ haben.

Der Großmachtstatus ist wesentlich für die Selbstachtung – und er wird militärisch definiert. Wenn die Russen abstrakt danach gefragt werden, was ein Land, das in der Welt geschätzt wird, allgemein auszeichnet, gibt knapp die Hälfte ein materiell gutes Leben und eine hoch entwickelte Wirtschaft an; abstrakt spielen militärische Macht und Nuklearwaffen nur die zweitwichtigste Rolle.

Anders ist es, wird konkret nach der Achtung des eigenen Landes gefragt, nach Russlands Ansehen: Da spielt das Militär die Hauptrolle, gefolgt von Rohstoffen und der Größe des Staatsgebiets. Die Bedeutung eines hohen Wohlstandsniveaus für die Achtung ihres Landes schätzen die Russen zehnmal geringer ein als ihre Militärmacht. „Sie fürchten uns, das heißt, dass sie uns achten“, lautet die Formel dazu.

Putin hat es tatsächlich erreicht, den Russen das Gefühl zu geben, dass Russland wieder eine Großmacht sei. Und zwar gerade nicht, in dem er nach westlichem Entwicklungsmodell breite Wohlstandsvermehrung und Rechtsstaatlichkeit angestrebt hat. Laut einer aktuellen

Studie der Bank *Crédit Suisse* hat ein Prozent der Bevölkerung in Russland drei Viertel des nationalen Reichtums, die Ungleichheit ist größer als in allen anderen 37 untersuchten Ländern.

Dass Putin nicht den westlichen Entwicklungsweg gehen würde, hat spätestens ab 2003 die Zerschlagung des Ölunternehmens *Yukos* gezeigt, durch die der mehrheitlich staatliche Ölkonzern *Rosneft* zu dem wurde, was er heute ist.

Putin hat Russland vielmehr zu, so die russische Sicht, neuer Weltgeltung verholfen, indem er den Westen zum Feind erkor und in die Schranken wies. Schon der Georgien-Krieg 2008 wurde als Verteidigung gegen Washington dargestellt. Dann wieder die Annexion der Krim und der Ukraine-Krieg, sogar in der russischen Darstellung, die ja eigentlich von einem „Bürgerkrieg“ ausgeht. Aber es wird so präsentiert, als würden heldenhafte Vertreter der „russischen Welt“ Russland jenseits der Landesgrenzen, aber innerhalb der ihm rechtmäßig zustehenden Grenzen, gegen westliche Aggressoren verteidigen.

In Syrien schließlich führt Putin den Westen nach Belieben vor. Das kann er, weil er, anders als Washington und dessen Partner in Europa, nicht den Einsatz militärischer Mittel scheut und dafür auch faktisch niemandem Rechenschaft ablegen muss. Die umfassende Kontrolle über die Medien und der Mangel an wirkmächtiger Opposition machen das möglich. Diese Kriege und Coups, wie die Krim-Annexion, lassen Putins Beliebtheit in die Höhe schnellen; sie sind so ein Mittel des Machterhalts.

Die außenpolitischen Coups, die stets als Erfolge dargestellt werden, auch wenn sie sich eines Tages als Pyrrhussiege erweisen könnten, und auch die Porträtierung des Westens als dem Untergang geweiht, ändern auch den Blick der Russen auf sich selbst: Mittlerweile schreiben sie sich in Umfragen Eigenschaften zu, die traditionell dem Westen vorbehalten waren: „energisch“ und „fleißig“ etwa. Putin prägt nämlich das Bild vom Russen als „Siegernation“, die sich allen Widrigkeiten zum Trotz und gegen alle Widersacher durchsetzten. Man propagiert eine „patriotische Erziehung“ mit starkem Militär und preist den Heldentod für das Vaterland.

Europa dagegen wird von Führung und Fernsehen als schwach, dekadent und anfällig dargestellt und besonders von einflussreichen Kreisen auch so wahrgenommen. In den „Grundlagen der Staatskulturpolitik“ aus dem Kulturministerium heißt es etwa, Russland habe immer angestrebt, Teil der europäischen Kultur zu sein. „Aber man muss blind sein, um nicht zu sehen, wie weit sich die Weltansicht des

modernen Westens von der Kultur des ‚klassischen‘ Europas entfernt hat“, heißt es da. Die Feinde sind dabei nicht die Völker Europas, sondern die liberalen Eliten, so die russische Erzählung, in der ja die „Freundschaft der Völker“ weiterlebt.

Hier ist der Anknüpfungspunkt zu Rechtsextremisten und -populisten, die Putin wie einen Schutzpatron anrufen. Etwa bei Pegida in Dresden, wo Leute Schilder mit der Aufschrift „Putin, hilf!“ hochhalten. Kräfte wie Marine Le Pens Front National in Frankreich und auch etwa Teile der AfD sehen Russland als Hort der Tradition und des Nationalismus, was eine Projektion der eigenen Vorbehalte gegen ihre eigenen Länder in deren gegenwärtiger Verfasstheit sein mag.

Man hat indes einen gemeinsamen Gegner: Moskaus Auslandsmedien wirken dabei mit, Misstrauen gegen „Mainstreammedien“ und „etablierte Parteien“ zu schüren. Moskau sieht sich in einem „Informationskrieg“ als Teil des „hybriden Krieges“, den der um eine „Farbrevolution“ in Russland bemühte Westen gegen Moskau führe. Nach der russischen Darstellung und Vorstellung machen die eigenen Staats- und staatsnahen, gelenkten Medien letztlich nichts anderes als die westlichen Medien. Das kommt bei vielen auch im Westen an, die das Vertrauen in Eliten und Medien verloren haben und sich, so ein aktueller Trend, über „fake news“ echauffieren, weil sie meinen, sie würden sowieso umfassend belogen.

Gerade die Abwesenheit eines ideologischen Systems macht Putin flexibel. Der Kommunismus stieß viele im Westen ab. An die Projektion eines „starken Führers“ können viele aber andocken und etliche politische Kräfte in Europa auch an Putins Inszenierung als konservativer Vorkämpfer. Russische Blogger haben für Moskaus Verbindungen zu Europas Rechtsextremisten und -populisten den Ausdruck „Schwarze Internationale“ geprägt, in Anlehnung an die frühere Komintern, die „Kommunistische Internationale“.

Es geht dabei nicht mehr nur, wie früher, darum der eigenen Bevölkerung zu zeigen, dass man nicht isoliert sei und alles mit rechten Dingen zugehe, wie bei dem Referendum auf der Krim, das Extremisten aus etlichen europäischen Ländern beobachteten und natürlich abgesegneten. Sondern längst haben Moskaus Freunde auch reale Machtperspektiven wie die Fünf-Sterne-Bewegung und die Lega Nord in Italien oder die FPÖ in Österreich, die kürzlich sogar ein Kooperationsabkommen mit der Machtpartei „Einiges Russland“ unterzeichnet hat.

In das Ringen mit dem Westen werden auch Russlands Geschäftsleute einbezogen – für sie ist es ein Weg, sich dem System nützlich zu erweisen und Putin gegenüber Loyalität zu demonstrieren. Zum Beispiel der Investor Konstantin Malofejew, der bei der russischen Landnahme auf der Krim und in der Ostukraine eine Rolle spielte und deshalb auf der EU-Sanktionsliste steht, und Putins Weggefährte Wladimir Jakunin, der jahrelang, von Korruptionsvorwürfen unbehelligt, die Russischen Staatsbahnen führte. Gemeinsam luden Stiftungen der beiden Männer zum Beispiel im September 2014 zu einem Kongress namens „Große Familien und die Zukunft der Menschheit“ nach Moskau in den Kreml und die Christ-Erlöser-Kathedrale ein.

Evangelikale und reaktionäre Gruppen aus Russland und westlichen Staaten schimpften da einträchtig auf „Homosexuellenpropaganda“, Genderpolitik und Abtreibung. Am „Bürgerkrieg“ in der Ukraine sollte eine Gay-Pride-Parade in Kiew schuld sein, hieß es da. Damals wirkte das wie Randgruppen unter sich.

Doch in der Flüchtlingskrise sind die Chancen der Gruppen und Parteien in Europa gestiegen, welche die EU schwächen wollen. Das hat auch aus Moskauer Sicht ganz praktische Vorteile: Einzelne Staaten lassen sich leichter unter Druck setzen, eine gemeinsame Haltung wie im Ukraine-Krieg gegen Russland würde unwahrscheinlich.

Der Geschäftsmann Malofejew spielt übrigens auch da eine Rolle. Er wirbt für die „Rückkehr eines christlichen Europas“ und verspricht, die EU werde schneller zerfallen als die Sowjetunion. Anfang Juni 2014 richtete er in Wien eine Konferenz aus. Man feierte die „Heilige Allianz“ zwischen Russland, Preußen und Österreich von 1815 auf Grundlage von Gottesgnadentum und Restauration. Es kamen etwa Vertreter der FPÖ und des Front National. Ehrengast war Alexander Dugin, Vordenker eines „Eurasiens“ unter Putins Führung und mittlerweile auch Kolumnist in einem Fernsehsender Malofejews. Russland soll Europa nach Dugins Dafürhalten vor Liberalismus, Homosexuellen und „amerikanischer Dominanz“ retten. Mitglieder von Dugins „Eurasischer Bewegung“ kämpften in der Ostukraine, der Mann selbst rief in einem Video dazu auf, Vertreter der „Kiewer Junta“ zu „töten, töten, töten“.

Malofejews Stiftung lud 2015 auch eine Gruppe brandenburgischer AfD-Abgeordneter um den Fraktionsvorsitzenden Alexander Gauland nach Sankt Petersburg zu Gesprächen mit Machtvertretern ein. Malofejew sagte vor einem Jahr, er glaube, dass „die Auftritte Doktor Gaulands signalisieren, dass Deutschland wieder zu Deutschland

wird, so wie Russland unter Putin wieder Russland wird“. In dieser Denkweise erlöst Russland Europa und es kehrt ein vermeintlich idyllisches Europa der Nationalstaaten zurück, ohne Ärger mit religiösen oder sexuellen Minderheiten.

Das mag eine Position von Hardlinern sein. Aber der Erlösungsanspruch ist eine durchaus verbreitete Kontinuität über die enormen Brüche von der sendungsbewussten Sowjetunion zu der Herrschaft Putins, der sich selbst spektakulär vom Agenten eines atheistischen Systems zum religiösen Quasi-Zaren wandelte. In dem kleinen Ort Bogoljubowo 200 Kilometer nordöstlich von Moskau schlug sich dieser Messianismus in der Aussage einer älteren Frau bei einer Protestaktion gegen den Bau eines Werks, in dem Präservative für den heimischen Markt gefertigt werden sollen, nieder. Sie sagte, Russlands Mission sei es, „andere Völker zu Gott zu bringen“.

Es geht bei Russlands Blick auf Europa nicht mehr nur um Abwehr in Form von Diskreditierung von Demokratie westlichen Zuschnitts, politischen Liberalismus und so weiter: Man geht in die Offensive, will sich als Großmacht wieder etablieren und die Ergebnisse des Rückzugs seit Ende der Sowjetunion korrigieren. Dafür opfert man selbst eingegangene Verpflichtungen wie das Budapester Memorandum von 1994, das die Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine garantiert, und die KSZE-Schlussakte von Helsinki, die Prinzipien wie Souveränität und Unverletzlichkeit der Grenzen festschreibt.

Als Rechtfertigung dienen Verfehlungen des Westens, die zu einem „rechtlichen Nihilismus“ geführt hätten, wie Putin einmal sagte. An dem soll nicht Russland, sondern ebenfalls Washington schuld sein. Weshalb dem „Opfer“ Russland alles erlaubt sei, notfalls unter Berufung auf „historische Gerechtigkeit“.

Als Fazit ist damit zu sagen, dass sich unter Putin Russlands Blick auf Europa vor allem in den vergangenen fünf Jahren deutlich gewandelt hat: Von Partnerschaft zu Gegnerschaft, so kann man insgesamt sagen. Von dem Blick auf ein, bei aller Skepsis, Vorbild hin zu Abgrenzung, mit Mitleid, respektive Schadenfreude und dem Gefühl der Bedrohung. Aber gleichzeitig mit der neuen Selbstsicherheit, wirklich eine Großmacht zu sein. Eine Sicherheit, die die militärischen Eroberungen und sonstige Erfolge im Ringen mit dem Westen geben.

Als Ausblick die Frage: Wie sollte man mit diesem Russland umgehen, das derzeit politisch das Russland Putins ist?

Man muss natürlich „im Gespräch bleiben“, wie es stets heißt, und womöglich auch neue Formate finden, vor allem im militärischen Bereich, um Zusammenstößen vorzubeugen, so Zwischenfällen mit Kampfflugzeugen.

Man sollte auch zugleich eine gewisse Gelassenheit zeigen und etwa angesichts der hausgemachten Phänomene wie eines erstarken Rechtsextremismus und -populismus nicht zur voreilig mit dem Finger nach Moskau weisen: Putin ist in seinen neuen Partnerschaften der Nutznießer und Trittbrettfahrer eines Trends. Wer ihn zu einem übermächtigen Akteur stilisiert, betreibt sein Spiel: das der „Dämonisierung“.

Aber es ist mit Blick nach Deutschland und in andere westliche Staaten auch wichtig, gegenüber der eigenen Bevölkerung und den eigenen Wählern klare Worte zu finden. Stattdessen heißt es oft und besonders bei Moskau-Besuchen diverser Politiker, auch aus der sogenannten Mitte, dass es „ohne Russland keine Lösung“ für alle möglichen Probleme gebe. Das klingt schön und bedient in Deutschland die angesichts der Geschichte sehr verständliche Harmoniesehnsucht.

Aber das Schönreden lässt nicht nur Putin an der Entschlossenheit des Westens zweifeln, den Eroberungen und Regelbrüchen entschlossen entgegenzutreten. Auch Beobachter im Westen vergessen, dass viele Probleme ohne Russlands Zutun nicht da oder jedenfalls deutlich geringer wären. Es schadet, wenn man das Problem, das man mit Putin hat, rhetorisch beiseite wischt.

Prinzipientreue wäre auch gut. Die zwar immer mal wieder emporsteht, aber letztlich laue Reaktion des Westens, etwa auf die russischen Luftangriffe in Syrien, ist dazu angetan, Putin davon zu überzeugen, dass er es wirklich mit einem schwachen Gegner zu tun hat. Und dass er weitermachen kann in seinem Revisionskurs, dort, wo sich Gelegenheiten bieten.

Es bedürfte letztlich einer Selbstvergewisserung des derzeit bedrängt und verzagt auftretenden Westens, einer Wiederbelebung des Westens als politischem Konzept mit Blick auf Staatsaufbau und Lebensstil. Auch mit Blick auf die autoritären Tendenzen in den westlichen Ländern selbst. Sich auf die Kraft „westlicher Werte“ zu besinnen, war lange außer Mode, weil es als irgendwie ausgrenzend galt, oder man hat es vor lauter Scham über eigene Verfehlungen verlernt. Aber gerade diese Werte machen die westlichen Länder stärker, stabiler und wohlhabender als es autoritär regierte Staaten wie Russland unter Putin jemals sein können.

Der Blick von Russland auf Europa

Friedrich Schmidt ist seit 2014 Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung für Russland, Weißrussland, den Kaukasus und Zentralasien mit Sitz in Moskau.